

„Cool Britannia“ und das Caffè-Latte-Prinzip

Wie Tony Blair und seine Palladine sich den neuen Weg nach Europa vorstellen

Von Josef Joffe

London, 29. Juni – „Cool Britannia“ auf dem „dritten Weg“ – so hätten es die Blairisten gerne, und so haben sie auch ihren Kompaß eingestellt, ob nach innen oder nach Europa, wo die Briten am heutigen Dienstag die EU-Präsidentschaft an die Österreicher weitergeben. Das „Neue England“ ist, wie *Newsweek* notiert, „Toskana“ und „Caffè latte“, und der „dritte Weg“ ist einer, den manche der deutschen Genossen wohl gerne beschreiten würden, aber da sei der Oskar davor. Denn es ist nicht der klassische Wohlfahrtsstaat mit immer mehr Steuern und Ausgaben, der Labour leitet, sondern der freie Markt, der Konkurrenz, Leistung und Selbstverantwortung beflügelt. Der Staat möge nicht die Einkommen umverteilen, sondern nur noch jenen helfen, die es aus eigener Kraft nicht schaffen.

Es scheint zu funktionieren. Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig, daß die großen Kontinental-Länder von solcher nicht einmal träumen können. England ist der größte europäische Magnet für Auslandsinvestitionen. Das Essen, jedenfalls in London, wird immer besser, und seit diesem Sommer führt ein neuer „dritter Weg“ direkt ins Herz der Hauptstadt: Der nagelneue „Heathrow Express“ braucht nur eine Viertelstunde, während Taxi und „Tube“, Geschöpfe des 19. Jahrhunderts, derer drei erfordern.

Europa? Hier gilt dieselbe Attitüde wie in der Innen- und Wirtschaftspolitik. Die

Hauptpfeiler der Vorgänger-Regierung bleiben unangetastet, doch der Stil hat sich so weit von Thatcher-Major entfernt wie der des Millennium Dome in Greenwich vom kitschig-verschnörkelten Albert-Denkmal, das Queen Victoria ihrem Prinzgemahl in Kensington Gardens gebaut hat.

Außenminister Robin Cook nimmt schon mal das schreckliche katholisch-kontinentale Wort von der „Subsidiarität“ in den Mund, er spricht von „Demokratie-Defizit“ und „Bürgernähe“; das sind klassische Vokabeln aus Euro-Land. Thatcher-Major haben von diesen Prinzipien die Abkehr von Europa abgeleitet – „Westminster über alles!“ Cook aber sagt nicht kalt „nein“ zu Europa, sondern fordert, daß Brüssels Entscheidungen den Legitimitätsstempel von den *nationalen* Parlamenten aufgedrückt bekommen. Die Sprache ist europäisch geworden, aber im Klartext heißt das, die Macht müsse bei den Staaten bleiben und nicht etwa in den Bereich des EU-Parlaments in Straßburg übergehen.

Peter Mandelson, der mächtige Minister ohne Geschäftsbereich, drückt es deutlicher aus. Er meint, daß Brüssel nicht die Oberhand gewinnen dürfe, daß die Rolle der Staaten gestärkt werden müsse – entweder durch permanente Europa-Minister (die wohl schärfer auf die Kommission aufpassen sollen) oder durch eine zweite Kammer, die den Willen der Nationen artikuliert. Subsidiarität heiße, Dämme gegen die europäische Ge-

setzung zu bauen; zumal die Sozialpolitik müsse den Regierungen vorbehalten werden.

Beitritt zum Euro? Damit haben die Bosse der großen britischen Konzerne schon lange kein Problem mehr. Doch Tony Blair muß inzwischen vorsichtig agieren, hat ihm doch das Massenblatt *The Sun*, sein mächtiger Verbündeter im Wahlkampf 1997, vergangene Woche eine brüllende Warnung in Balkenlettern zukommen lassen. Seine Palladine weichen denn auch der Frage mit dem Verweis auf ein Referendum aus. Aber sie sagen nicht genau, wann – und ob sie in der Art des Richard Löwenherz für ein Ja kämpfen werden. Sie wünschen sich aber – auch das ein Wandel der Sprachregelung – baldigst ein so gutes Verhältnis zu Frankreich und Deutschland, wie die es untereinander pflegen. Wann? So in zehn Jahren, lautet die dezente Antwort.

Die Sprache ist europäisch geworden, die Prinzipien sind britisch geblieben. Man geht nach Europa mit dem Diplomatenkofferchen und läßt den Handtaschen-Knüppel der Lady Thatcher zu Hause. Doch mag die neue Harmonie sogar tiefer gehen. Schließlich haben ausgerechnet die Herren Chirac und Kohl dem Tony Blair zum Ende der britischen Präsidentschaft einen Brief geschrieben, der geradezu englisch klingt: Die EU möge doch fürderhin nicht mehr so zentralistisch regiert werden.